

# Warum wir eine soziale Taxonomie brauchen

Gesa Vögele, Geschäftsführerin des CRIC e. V.



Wenn es um Klimawandel, den Verlust der Artenvielfalt und die ökologischen Belastungsgrenzen geht, hören wir oft, es gelte, den Planeten zu retten. Mitunter ist daraufhin zu vernehmen, die Erde an sich würde ebenso mit einem Vier-Grad-Szenario und geschundenen Ökosystemen weiterbestehen. Vielmehr gehe es darum, uns Menschen zu retten. Die Analyse ist richtig und zeigt: Wir haben es nicht mit einer ökologischen Frage einerseits und einer sozialen andererseits zu tun. Vielmehr ergeben die umwelt- und ressourcenpolitischen Ziele nur dann Sinn, wenn sie unseren sozialen Zielen dienen. Die Kunst besteht darin, das eine nicht gegen das andere auszuspielen und mögliche Zielkonflikte kreativ zu lösen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage gar nicht, ob Sustainable Finance stärker sozial verstanden werden muss und folglich unter anderem neben einer ökologischen ebenso eine soziale Taxonomie von Nöten ist. Relevant wäre vielmehr das Wie – wenn auch die Debatte an diesem Punkt noch nicht angekommen zu sein scheint.

In ihrem Zwischenbericht zu einer sozialen Taxonomie ist die zuständige Arbeitsgruppe der EU-Plattform on Sustainable Finance daher bemüht, viele Argumente für ein solches Unterfangen anzuführen: Die Notwendigkeit von Investitionen in sozialen Wohnraum oder Gesundheitsversorgung wird genauso ins Feld geführt wie eine investorenseitige Nachfrage, Risiko-Management oder der Mangel an Definitionen und Standards. Besonders starkes Gewicht mag man dem Aspekt zusprechen, den aus umweltpolitischen Gründen notwendigen Strukturwandel sozial gerecht zu gestalten.

Neben ethischen Anforderungen treten Fragen der Umsetzbarkeit. Denn für den Wandel braucht es Mehrheiten, die schwerlich zustande kommen, wenn Menschen keine Perspektiven für sich entwickeln können.

Dazu kann eine soziale Taxonomie einen Beitrag leisten. Der diesbezüglich im Juli dieses Jahres vorgelegte Vorschlag sieht eine vertikale Dimension vor, in der – analog zur grünen Taxonomie – Wirtschaftsaktivitäten definiert werden, die eine Zugänglichkeit zu Infrastruktur sowie Produkten und Dienstleistungen verbessern, die menschliche Grundbedürfnisse befriedigen. Hinzukommt eine horizontale Dimension, die dem Prinzip Do-No-Significant-Harm aus dem ökologischen Klassifikationssystem ähnelt. Sie bezieht sich auf Prozesse in den Unternehmen, die darauf zielen, die Rechte der verschiedenen Anspruchsgruppen wie Arbeitnehmende oder auch Konsumenten zu respektieren. Vorgesehen sind zudem ökologische Mindeststandards.

Unternehmen, die soziale Produkte und Dienstleistungen anbieten, würden durch eine verbesserte Sichtbarkeit belohnt. Gleiches träfe auf diejenigen zu, die sich bereits aktiv darum bemühen, die Achtung von Arbeits- und Menschenrechten in ihren Prozessen sicherzustellen. Insbesondere kann eine soziale Taxonomie diese Unternehmen und Projekte vor einem wettbewerblichen Nachteil in Form geringerer Investitionen bewahren.

Ohne Zweifel gilt aber auch: Der Markt allein wird es nicht richten. Daher kann die soziale Taxonomie – wie ihr ökologisches Äquivalent – immer nur eine, wenn auch

wichtige, Maßnahme sein, die Vorhaben wie ein Lieferkettengesetz, klug gesetzte steuerliche Anreize und eine stimmige Subventionspolitik ergänzt und nicht ersetzt.

Zentral bleibt die Umsetzung der sozialen Taxonomie. So sollte eine möglichst klare, mit anderen Maßnahmen konsistente und nutzungsfreundliche Regulierung angestrebt werden, die etwa den Umgang mit sozialen Standards in der ökologischen Taxonomie klären hilft. Denn die Akzeptanz bei Unternehmen und Finanzakteuren, die aktuell von jüngeren Verordnungen stark auf Trab gehalten werden, ist mitentscheidend für ihren Erfolg.

Zudem wäre folgendes klares Signal von öffentlicher Seite hilfreich: Nicht das beste Reporting und die lückenloseste Compliance ist das Ziel, sondern nachhaltiges Wirtschaften und Investieren. Wenn die Anforderungen der Berichterstattung unternehmensintern zu reduzierten Ressourcen für Nachhaltigkeit führen, konterkariert das Mittel den Zweck – was nicht im Sinne der EU sein kann. Gelebte Flexibilität, Offenheit, Fehlertoleranz und Dialogbereitschaft gerade mit denjenigen wären daher naheliegend, die sich mit Erfahrungen als sozial Investierende konstruktiv einbringen könnten.

Wichtig ist aber auch: ohne Standardisieren, Quantifizieren und Daten geht es nicht. Es braucht aber gerade bei sozialen Themen, Innovationen und neuen Ideen auch qualitative Zugänge. Eine gewisse Souveränität im Umgang mit Datenlücken und Nichtwissen werden wir immer brauchen – insbesondere dann, wenn es gilt, neue sozial-ökologisch nachhaltige Lösungen zu entwickeln.